

Protokoll der 7. Sitzung des 23. Studierendenparlamentes am 14.12.2015

Sitzungsleitung: Helge, Johannes, Johannes, Laura, Lisa

Beginn: 18:56h – UL 6 – Raum 2097

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

1.1 Begrüßung

1.2 Beschluss der Tagesordnung

Thaleun (arl): 5.12 auf 5.0

Bernd (Eu3T): HDH Antrag in die TOP-Liste aufnehmen als 5.13

João (Eu3T): AS Antrag als 5.14 aufnehmen

- so geänderte Tagesordnung per Akklamation angenommen -

2 Bestätigung des Protokolls der 5. Sitzung des 23. StuPa vom 12.11.2015

- per Akklamation angenommen -

3 Mitteilungen und Berichte

3.1 Präsidium

Umlaufverfahren wurde mäßig wahrgenommen, trotz Sprechstunde. Es gab Verwarnungen und Bestätigungen.

3.2 RefRat

OeffRef verliest die Berichte.

OeffRef: viel Raumanträge, Kommunikation, Aushangssachen, allgemeiner Ärger.

Publikation: Planung und Textakquise HUCh! #84, Verschickung HUCh! #83, Veranstaltungsplanung.

PM & Datenschutz: Antragsbetreuung, Kontakt zum Projektleiter der CampusCard bzgl. Studentischen Wahlen, Veranstaltung, Crypto-Party.

*queer_Fem**: Übergabe, Einarbeitung, Anträge, Vernetzung, Bundesreffen, Gremienarbeit.

Soziales: Tagesgeschäft, SSBS-Treffen, Befis-Ausschreibung, Personal-Rat, Verträge, Antragsbetreuung und Beratung, ADB-Koordinationsarbeit, Einarbeitung und Vorbereitung der Veranstaltung "Rassismus im deutsch Bildungssystem 2016".

Antira: Beratung, ADB Koordination, Vernetzungstreffen, Veranstaltungsvorbereitung.

Internat: Veranstaltungsplanung, Antragsbetreuung, Artikel verfasst für HUCh, Fotostrecke für HUCh.

Weitere Referatsberichte, von den Referent_innen selbst vorgetragen:

StuKi: Beratung, Organisatorisches für Kila, Vorbereitung für das Auditorium, Teilnahme an der Kommission familienfreundliche Hochschule, Begleitkreis, Aktivitäten in der Interessengemeinschaft IG HDH, Teamsitzung Kila "Die Humbolde".

Finanzen: Wirtschaftsprüfung 2010, Abrechnungen in allen Bereichen, Haushaltswirtschaft und -planung, Personalangelegenheiten SSBS.

LuSt: Beratung, Gremien, P-Findung, Nachfolge.

FaKo: Bescheinigungen, FRIV Vor- und Nachbereitung, Workshop-Planung zu Gremienarbeit und Hochschulpolitik.

3.3 weitere Berichte

Johannes (Trackliste) verliest Antwortschreiben des Präsidenten auf den Antrag zu Räumen für Geflüchtete. Zusammengefasst: Uni ist da an der „Obergrenze“ (Zitat)

4. Wahlen und Bestätigungen

Wahlkommission: Bafta „The blonde brightness“, Schada „The sunnyside shadow“, Marco „The mintless miracle“

4.1 Referat für Hochschulpolitik (Co)

Matthias stellt sich vor.

Olenka (arl): Anmerkung zur Quotierung im Referat.

- Wahlergebnis: 29 / 2 / 5 - Quorum: 19 → gewählt
- Wahl angenommen-

4.2 Lehre und Studium

Maciej und João (Co)

- Wahlergebnis (Maciej): 34 / 2 / 1 - Quorum: 19 → gewählt
- Wahlergebnis (João): 34 / 2 / 0 - Quorum: 19 → gewählt
- Wahl angenommen -

- Pause 19:27 Uhr bis 19:40 Uhr -

5. Anträge

5.0 Antira: Rassismus im deutschen Bildungssystem

Thaleun und Olenka stellen Antrag vor.

„Das Studierendenparlament unterstützt die Veranstaltung "Rassismus im deutschen Bildungssystem" mit 11.842,38 EUR.“

- Abstimmung: viele / 0 / 3 -
- Antrag angenommen -

5.1 Eu3T: Satzungsänderung (Umlaufverfahren)

Abstimmung per Umlaufverfahren.

Lisa (Präsidium): Liest Liste vor, da namentlich.

„I. §6 der Satzung wird durch folgenden Absatz ergänzt: (5) Für die Mitglieder des Präsidiums wird jeweils eine Aufwandsentschädigung in Höhe des BAföG Höchstsatzes pro Semester gewährt.

II. Die nach I. geänderte Satzung wird neu verkündet.

III. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird das StuPa Präsidium beauftragt.“

- Abstimmung: 41 / 2 / 2 -
 - Antrag angenommen -
- Gilt ab Veröffentlichung.

5.2 FinRef: Haushalt 2016 (2./3. Lesung)

Jakob (Fin) stellt die Haushalte vor.

„Das StudentInnenparlament beschließt den Haushaltsplan 2016 der Verfassten StudentInnenschaft in den Kapiteln 33333 und 34444 in der vorliegenden Fassung.“

- Abstimmung: viele / 0 / 0 -
- Antrag angenommen -

5.3 Refugee Law Clinic: Förderung

Christoph und Aneska stellen den Antrag vor.

Streichen die bereits angefallenen Kosten in den 3 Anträgen: (1.) 586 EUR, (2.) 1.200 EUR, (3.) 476 EUR

Marie (LGBTIQ): Es wurde schon auf die Nichtübernahme der entstandenen Kosten hingewiesen. Sie erkundigt sich nach dem politischen Mandat.

Christoph: Kann zu PM nur wenig sagen.

Tobi (LiLi): Zu PM, Studierende die in der Nebenkompetenz beraten zwischen Ausbildung und beruflicher Erfahrung. Ist irritiert über die Supervision und würde gerne wissen ob und wie sich gegen die universitäre Vereinnahmung gewehrt wird.

Christoph: Supervision ist notwendig, um die Leute nicht in 8 Wochen zu verbrennen und um entsprechend auch effektiv auf Ratsuchende zugehen zu können.

Laura (Gründboldt / PM): Antrag wurde schlecht vorbereitet und es gab die Info mit dem Angebot gerade über PM zu reden. Welche weiteren Finanzierungsquellen stehen offen? Fragt nochmal nach Vereinnahmung.

Christoph: Anträge laufen in EU, Berlin usw., aber oft abgelehnt oder in der Schleife.

Aneska: Außerdem Mitgliedsbeiträge 12 Euro Mindestbeitrag, bei Härtefällen auch weniger.

Thaleun (arl): Es gibt vom SSBS eine Überforderungsberatung. Berät selbst auch praktisch ohne Geld. Kann entsprechend Erfahrung und Kontakte nutzen und zur Verfügung stellen.

Christoph: Hält einen Teil der Beratungen für schwer fahrlässig von verschiedenen Organisationen. Nicht die schwierigste Rechtsmaterie, aber in der Beratung sehr schwer.

Aneska: Haben sich bei der Uni erkundigt im Bezug auf die Supervision

Schada (Eu3T): Findet Beratung in dem Bereich supertoll. Wieviel BeraterInnen habt ihr? In welchen Sprachen wird das Beratungsangebot gegeben? Sind die AnwältInnen aus den anderen Ländern fit im deutschen Recht? Wer macht die Supervision?

Aneska: Aktuell beraten 30 Personen. Dieses Jahr 400 Personen in der Vorlesung. Die Dolmetscher arbeiten ehrenamtlich genau wie die BeraterInnen. Supervision gut besucht und "Pflicht"-Veranstaltung, wird von Beate Mink durchgeführt.

- Marie: Antrag Redezeitbegrenzung: viele / 2 / 8 -

Christoph: Das politische Statement ist das wir tun, was wir gerade tun.

Aneska: Kritik aus der konkreten Beratung ist die Möglichkeit und das Ziel.

Malte (FSI Charité): Die Richtung stimmt. Malte spricht Vertrauen aus und will das die Studierenden sich in der Finanzierung besser geben und sind als andere Teile der Unis.

Marie: Viele sind hier ehrenamtlich aktiv. Soliparty als Vorschlag.

Christoph: Soliparty ist keine wirkliche Option.

Aneska: Viele AnwältInnen sind auch finanziell am Limit und finanzieren sich über quantitative Beratungen.

- Antrag auf Schließen der RednerInnenliste: viele / wenige / 9.

Lisa (LuSt): Beratungen gegeneinander ausspielen ist schlecht. Eher vertagen wegen PM.

Christoph: Will nicht vertagen.

Johannes (LuSt): Hinweis auf Fördermitgliedschaft, das können auch ProfessorInnen, die mit dem Projekt

Aneska: Haben Fördermitgliedschaft und Professoren wissen das, aber kein bis kaum Feedback.

Laura (Jusos): Versteht nicht wieso eher Anklagen als Nachfragen.

„Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin begrüßt die Aufnahme der Beratungstätigkeit der gemeinnützigen, studentischen Initiative Refugee Law Clinic Berlin e.V.. Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin stellt für das Haushaltsjahr 2016 eine Förderung in Höhe von 3.287 € zur Verfügung.“

- Abstimmung: 16 / 1 / 13 -

- Antrag angenommen -

5.4 Refugee Law Clinic: Juristische Supervision

Antrag zurückgezogen.

5.5 Refugee Law Clinic: Psychologische Supervision

Antrag zurückgezogen.

Lisa (Präsidium): Hinweis, dass Anträge neu gestellt werden müssen in eventuell geänderter Fassung, wenn sie doch behandelt werden sollen. Nicht automatisch in nächster Sitzung auf Tagesordnung.

5.6 FSI Charité: Rechtsgutachten

Katharina (FSI Charité) stellt Antrag vor.

Benni (LuSt): Gibt es Kontakt zum studentischen Personalrat und wo waren die Möglichkeiten des studentischen Veto?

Katharina: Sind noch nicht im Kontakt mit dem studentische Personalrat, aber wollen auch Kontakt zur . Haben sich bei den Sitzungen enthalten, weil sonst die Nichtweiterbeschäftigung aller studentischen Angestellten gedroht hätte.

Marie (LGBTIQ): Hat die Charité Fachschaftsinitiative die Mittel zur Verfügung und wurden sie dafür angesprochen?

Katharina: Fachschaft hat nicht die Mittel.

Willy (AWESOME): Personalrat nutzen bezüglich Anwaltskontakten.

Katharina: Wir haben keinen rechtlichen Bezug zum Personalrat, weil nicht von Uni angestellt. Das ist Teil des Problems. Es geht nicht nur um Rechtsgutachten, sondern darum, das Problem weiterzuverfolgen.

Marie: Das Budget der Fachschaften ist dafür möglich und andere Unis haben auch Mittel, gerade da die Charité ein Coop-Projekt von FU und HU ist.

Gerrit (Nicht-Mitglied): Das gehört auch in den Charité Senat. Und Vorschlag der halb und halb Zusagen.

Lisa (LuSt): FU AStA muss angefragt werden, sind auch für Charité zuständig. Die Aushebelung der Rechte über Leiharbeitsähnliche Verhältnisse ist nicht hinnehmbar. Es ist wichtig, das zu finanzieren.

Jakob (LuSt): Wie setzen sich die 4.000 EUR zusammen? Es soll damit nicht in Frage gestellt werden, was jetzt dagegegen organisiert werden soll. Es muss da auch politisch aktiv z.B. in Zusammenarbeit mit dem LuSt Referat passieren und dann auch mit rechtlichen Mitteln. Dazu unterstützend die Arbeitsrechtliche Anfangsberatung und dann die Verfasste Studierendenschaft gemeinsam. Es geht um Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Katharina: Aktuell Anwalt mit 150 EUR die Stunde bei unklarer Stundenzahl.

Lisa: Klare Linie dass erst mit dem LuSt Referat die genauen Kosten evaluiert werden und dann in Zusammenarbeit mit dem AStA FU richtig losgelegt wird.

Malte (FSI Charité): Klage ist nicht immer der beste und richtige Weg, da haben sie schon gute Erfahrungen in Zusammenarbeit mit der Fakultät.

Tobi (LiLi): Haben ältere Gutachten was gebracht?

Malte: Ja.

Tobi (LiLi): Wie haben sie den Anwalt gefunden.

Katharina: Vom Personalrat empfohlener Anwalt.

Lisa (LuSt): Verklagen, Verklagen! Dauert evt. länger und evt. Parallel. Könnte eine Musterklage sein, die dann entsprechend Vielen weiterhilft.

Malte (FSI Charité): Lieber Gutachtenweg als Klage, da Gefahr droht.

Dani (LuSt): Gutachten gibt es durch Anwalt oder bei Klage sogar durch Richter. Gutachten sind Rechtsansichten, aber nimmt auch der Uni Arbeit ab.

Katharina: Wären auch mit einer Teilsumme zufrieden.

Malte: Expertise von empfohlenen Anwalt ist vorbelastet.

Marie: Anträge werden nicht generell durchgewunken.

Bernd: Das Geld wird in den GmbHs verballert was bei Studierenden abgezogen wird. Das sind Krankenhäuser und keine reine BWL Schuppen.

Katharina: Haben sich mit dem Antrag auseinandergesetzt und sind die Wege gegangen.

João (Eu3T): Vorgeschlagener Anwalt ist ein respektierter Feind der universitären Rechtsabteilung. Ein Veto ist notwendig und dann ist ein Gutachten hilfreich. Sie waren kurz davor das Veto zu ziehen, aber es bestand die Angst, der Nichtverlängerung der Verträge.

Malte: Wollen es sich nicht mit den Verantwortlichen verscherzen.

Benni: Antrag auf Schliessung der Redeliste: viele / 1 / 5 -

Katja(LuSt): Gewerkschaftlicher Rechtsschutz mit einer Person, die betroffen ist und den Rechtsschutz genießt. Kann Gutachten nachvollziehen ist aber viel Geld für den nicht-Klage-Weg.

Benni (LuSt) Änderungsantrag: finanzielle Unterstützung für Musterklage in Aussicht stellen.

Antragsteller_innen ändern Betrag auf 2.500 Euro

„Das StuPa beschließt, der Fachschaftsinitiative Medizin die Kosten eines Rechtsgutachtens zur Situation der studentischen Beschäftigten an der Charité bis zu einem Maximalbetrag von 2.500 Euro zu erstatten.“

- 1. Änderungsantragsabstimmung: 7 / 10 / 9 -
→ nicht geändert
- Abstimmung über Antrag: viele / 0 / einige -
→ Antrag angenommen

Pause: 22:03 Uhr 22:13 Uhr

5.7 Huch: Haushalt 2016

Jakob stellt Antrag vor

„Das Studierendenparlament möge freundlichst die nachfolgend aufgelisteten Finanzmittel für die Herausgabe der HUch – Zeitung der studentischen Selbstverwaltung im Jahr 2016 beschließen.“

Posten	Stückzahl	Einzelpreis in €	Gesamtpreis in €
Standardausgabe 16 Seiten (Druck und Lieferung)	6	800	4800
Sonderausgaben	2	350	700
Recherchekosten	6	200	1200
Informations- und Kommunikations- technik	k.A.	200	200
Bücher	k.A.	250	250
Endredaktionsgeld (Standardausgabe)	6	500	3000
Risikokosten	k.A.	800	800
Summe			10950

- Antragsabstimmung: Viele / 0 / Wenige -
→ Antrag angenommen-

5.8 Studentischer Wahlvorstand: Wahlbroschüre

Selina stellt Antrag vor

"Das Studierendenparlament finanziert den Druck der Wahlbroschüre für die Wahl zum 24. StuPa mit bis zu 1.500€"

- Antragsabstimmung: Viele / 0 / 2 -
- Antrag angenommen-

5.9 HU-I: Haushalt 2016

Bernd (HUI) stellt Antrag vor.

„Die HumboldtInitiative – das offene Forum für Ideen, Initiativen und Projekte der

HumboldtUniversität – zu Berlin beantragt für das Jahr 2016 folgenden Haushalt:

1. Investitionen, Werterhaltung, Bau, Reparaturen € 7000.-

2. Initiativen- und Projektunterstützung, Publikationen, Öffentlichkeitsarbeit € 3000,-.

Wir beantragen gegenseitige Deckungsfähigkeit der Summen bis zu € 2000,-, um sich auf die nicht abzusehenden Veränderungen einzustellen.“

- Antragsabstimmung: Viele/ 0 /6 -

- Antrag angenommen-

5.10 HisKom: Haushalt 2016

Bernd (HisKom) stellt Antrag vor.

„1. Das StudentInnenparlament nimmt den Rechenschaftsbericht seiner Historischen Kommission zur Kenntnis.

2. Der Auftrag der Kommission wird erneuert und wie folgt präzisiert:

a. die Umsetzung der im letzten Jahr vorgelegten Konzeption für eine Dauerausstellung zur Bücherverbrennung in der Juristischen Fakultät soll an dem bestehenden Ort des Gedenkens weiter betrieben, insbesondere die hierfür notwendigen Absprachen mit der Juristischen Fakultät und der Universität getroffen, die erforderlichen Beschlussfassungen bewirkt und die inhaltlichen Vorarbeiten geleistet werden,

b. die Erinnerungsarbeit an den antifaschistischen Widerstandskampf ist durch geeignete Publikationen, Gedenktafeln, Ehrungen und Veranstaltungen weiter zu unterstützen,

c. die Archivierung, Dokumentation und Aufbereitung der von ihr im Laufe der Jahre erarbeiteten Zwischenergebnisse mit dem Ziel einer Popularisierung und Nutzbarmachung als offenes Archiv ist voranzutreiben; insbesondere ist sicherzustellen, dass

aa) die seit ihrer Einrichtung gesammelten Daten und Materialien nachhaltig aufbereitet werden, so dass diese weiterhin nachvollziehbar und recherchierbar sind,

bb) die von der Kommission erarbeiteten Ausstellungen und Publikationen als virtuelle Ausstellungen im Internet verfügbar gemacht werden können,

cc) die Archivierung der Aktenbestände der Verfassten Studierendenschaft nach den Vorgaben des Archivgesetzes und des Datenschutzes gewährleistet ist und die hierfür notwendigen Voraussetzungen getroffen werden; dies schließt die Entscheidung darüber ein, welche der von den Organen der Verfassten Studierendenschaft angebotenen Daten und Aktenvorgänge als Archivgut übernommen werden,

d. die Kommission nimmt die Belange des StudentInnenparlaments gegenüber der Universität in Bezug auf historische Fragestellungen oder Repräsentationskonzepte wahr und unterstützt entsprechende Initiativen, insbesondere aus der Studierendenschaft; die Zuständigkeiten des StuPa-Präsidiums und des RefRat bleiben hiervon unberührt; im Übrigen bestimmt die Kommission ihr Tätigkeitsbereiche selbst.

3. Der Historischen Kommission des StudentInnenparlaments der HU wird für das Jahr 2016 ein Haushalt im Umfang von 5.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. Sie ist gehalten, ihren übrigen finanziellen Bedarf aus anderen Quellen einzuwerben.“

- Antragsabstimmung: Viele / 0 / 1 -

- Antrag angenommen -

5.11 "Die richtige Einstellung": Haushalt 2016

Tobi (LiLi) stellt Antrag vor.

„Das Studierendenparlament stellt der Initiative "Die richtige Einstellung" für das Haushaltsjahr 2016 einen Haushalt in Höhe von 10.000€ zur Verfügung.“

- Antragsabstimmung: Viele / 1 / 6 -
- Antrag angenommen -

5.13 HDH: Haushalt 2016

Bernd (HDH) stellt Antrag vor.

Schada (HDH) ergänzt.

Jakob (Finanzreferat) erläutert Trennung von HDH und StuKi-Referat

Lisa (LuSt): Warum wird Leitfaden nicht innerhalb der Referatstätigkeit geschrieben?

Jakob (Finanzreferat): Zusätzlicher Aufwand, der vom Referat nicht getragen werden kann.

Bernd (HDH): ergänzt was zur Selbstverwaltung

Rosalia (HDH): Betont nochmal, dass die Arbeit bezahlt werden muss

Schada (HDH und Referat für StuKi): Zukünftige Organisationsform gestaltet sich gerade aus

Bernd (HDH) ruft dazu auf, sich zu engagieren, es werden immer Leute gebraucht, die sich einbringen.

Johannes (LuSt): Durch den Leitfaden soll die Aufgabenverteilung klargestellt werden.

*“I. Das StudentInnenparlament nimmt den Rechenschaftsbericht der Interessengemeinschaft Hedwig-Dohm-Haus (IG HDH) zustimmend zur Kenntnis.
II. Es erneuert seine Aufträge an die IG HDH vom 20. Oktober 2010, 10. Juni 2011, 22. Oktober 2012, 18. April 2013 sowie vom 17. Dezember 2014 und konkretisiert diese wie folgt:*

1. Die IG HDH nimmt im Auftrag des StuPa und in Abstimmung mit dem ReferentInnenrat die Interessen der Studierendenschaft gegenüber der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Studentenwerk sowie den Bauträgern wahr, soweit es die Konzeptionalisierung und die Realisierung des Ausbaus des Hedwig-Dohm-Hauses in der Ziegelstraße 5-9 zu einem studentischen Selbstorganisations- und Wissenschaftshaus betrifft.

*2. Die IG HDH erarbeitet in Abstimmung mit den zukünftigen Nutzer*innen und sonstigen Anliegern des Hedwig-Dohm-Hauses ein Nutzungskonzept sowie eine vorläufige Haussatzung, die der Zustimmung des RefRat bedarf, und legt es dem StuPa zur Beschlussfassung vor.*

*3. Die IG HDH bemüht sich um die Akquise und Beschaffung von Drittmitteln für die Realisierung des Ausbaus nach Nr. 1 sowie den Umzug der Nutzer*innen von der Monbijoustraße 3 in die Ziegelstraße 5-9; es erarbeitet die notwendigen Anträge und legt sie den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vor.*

4. Die IG HDH und der RefRat erarbeitet in Abstimmung mit den zuständigen Stellen und Gremien der Humboldt-Universität zu Berlin sowie den selbstorganisierten Elternkollektiven ein Konzept für eine inklusive Betreuung von Kindern außerhalb des regulären Kindergartenbetriebs, das neben Angeboten der Hilfe zur Selbsthilfe durch elternorganisierte Betreuung auch eine kontinuierliche und professionelle Sorgearbeit und Beratung durch beruflich qualifizierte und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Angestellte gewährleistet.

*5. Die IG HDH informiert fortlaufend im StuPa über ihre Tätigkeiten und sorgt durch eigene Öffentlichkeitsarbeit dafür, das Hedwig-Dohm-Haus und dessen Projekte in der Universität und der Stadt bekannt zu machen sowie Unterstützer*innen und Kooperationspartner*innen für die Verwirklichung eines studentischen Selbstorganisations- und Wissenschaftshauses zu gewinnen.*

III. Zur Finanzierung ihrer Aufgaben werden der IG Hedwig-Dohm-Haus für das Jahr 2016 Haushaltsmittel in Höhe von 15.000,00 Euro zur Verfügung gestellt.”

- Antragsabstimmung: Viele / 0 / 4 -
- Antrag angenommen -

5.14 TV Stud II

João stellt den Antrag vor.

Benni (LuSt): fragt nach Verbot von Tarifverträgen (wie auch TvStud) im WissZeitVG.

João: antwortet.

„Das StuPa der HU unterstützt das Anliegen der Tarifinitiative und besonders deren Antrag im AS der HU:

»Das Präsidium der Humboldt-Universität zu Berlin wird beauftragt, sich gegenüber den übrigen Berliner Hochschulleitungen nachdrücklich für die unverzügliche Aufnahme von Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften einzusetzen, um neue tarifvertragliche Regelungen für die studentischen Beschäftigten zu schaffen. Sofern keine gemeinsame Basis unter den Hochschulen dafür hergestellt werden kann, wird die Universitätsleitung aufgefordert, eine gesonderte Lösung zur Erhöhung der Bezüge studentischer Hilfskräfte an der HU zu schaffen. Der Akademische Senat unterstützt das Vorhaben der Tarifinitiative zur Neuverhandlung des Tarifvertrages für studentische Beschäftigte. Der AS sieht die Notwendigkeit, neue tarifvertragliche Regelungen zu schaffen, die eine Verbesserung der Lage der studentischen Beschäftigten erwirken. Mit der Umsetzung wird das Präsidium der Humboldt-Universität beauftragt.«“

- Antragsabstimmung: Viele/0 /0 -

- Antrag angenommen-

6. Sonstiges

Jakob: bedankt sich bei Johannes (Präsidium) für superschnelle Arbeit.

GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit.

→ nicht mehr beschlussfähig. Sitzung abgebrochen.

Ende 22:49 Uhr

Darstellung der Ergebnisse: Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen/ungültige.

Diskussionen teilweise gekürzt

Für die Richtigkeit: Das Präsidium.